

Gemeinsame Pressemitteilung des Landesheimrats Hessen, des Landesheimrats Bayern, von Jugend vertritt Jugend NRW, des Landesjugendhilferats Rheinland-Pfalz und des Kinder- und Jugendhilfelandesrats Brandenburg.

Bundesnetzwerk der Interessenvertretungen in der stationären Erziehungshilfe stellt Forderungen an Politik und Fachpraxis

Der Zusammenschluss der bestehenden Interessenvertretungen für Kinder, Jugendliche und junge Volljährige in stationären Erziehungshilfeeinrichtungen fordert bessere Bedingungen für das Aufwachsen außerhalb des Elternhauses.

In Deutschland leben mehr als 135.000 junge Menschen in stationären Einrichtungen der Erziehungshilfe (Quelle: Statistisches Bundesamt). In fünf Bundesländern bestehen gewählte Interessenvertretung auf Landesebene, die sich für die Themen und Anliegen dieser jungen Menschen einsetzen. Die Landesheimräte Hessen und Bayern, Jugend vertritt Jugend NRW, der Landesjugendhilferat Rheinland-Pfalz und der Kinder- und Jugendhilfe Landesrat Brandenburg haben sich zu einem Bundesnetzwerk zusammengeschlossen.

Im Austausch zwischen den Interessenvertretungen wird deutlich, dass es in den stationären Erziehungshilfeeinrichtungen nach wie vor Benachteiligungen und Entwicklungsbedarfe gibt, die es abzuschaffen gilt, um den dort lebenden Kindern und Jugendlichen ein chancengleiches Aufwachsen zu ermöglichen.

Beim zweiten Bundesnetzwerktreffen der Interessenvertretungen vom 19.-21.02.2021 entwickelten die jungen Menschen Forderungen, die nun in Form eines Positionspapiers vorliegen. Die Forderungen richten sich insbesondere an die Bundespolitik, Entscheidungsträger*innen auf Landesebene, in den Jugendämtern und in den Einrichtungen, sowie an alle Fachkräfte in der Praxis der stationären Erziehungshilfe.

Die jungen Menschen fordern

- die vollständige Abschaffung der Kostenheranziehung!
- eine dynamische Anpassung der Kostensätze!
- digitale Teilhabe!
- die individuelle Unterstützung von Careleavern!
- Angebote der sexuellen Bildung!
- die Förderung von Partizipation!

Als Expertinnen und Experten der stationären Kinder- und Jugendhilfe erwarten die jungen Menschen, als solche gehört und in Veränderungs- und Entscheidungsfindungsprozesse einbezogen zu werden. Das Positionspapier ist somit als Gesprächsgrundlage für Politik, Verwaltung sowie freie und öffentliche Träger der Jugendhilfe zu verstehen.